

Danziger Volksstimme

Einzelnummer 180 Nr.

Bezugspreis: Durch die Post u. Austrag. 3500 M. In Pommerellen 7000 M. poln. Anzeigen: Die 8-spaltige Zeile 350 M., auswärts 500 M. Die Reklamzeile 1200 M., auswärts 1500 M. Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen nach besonderem Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 56

Mittwoch, den 7. März 1923

14. Jahrg.

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6
Postfachkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720,
für Anzeigen-Annahme, Setzungs-
bestellung und Druckfachen 3280.

Reichskanzler Cuno zur Ruhrfrage.

Ein großer Tag im Reichstag.

Die gestrige außerordentliche Sitzung des Reichstages zeigte ein bis auf den letzten Platz besetztes Haus. Präsident Voeb erklärte in seinen Eröffnungsworten die frühe Einberufung der Sitzung angesichts der immer ungeheurerlicher werdenden Herausforderung unserer Bevölkerung im Ruhrgebiet durch die Besatzungsarmee. Sodann widmete der Präsident dem verstorbenen deutschen Votschafier in Paris, Dr. Wager, einen warmen Nachruf, den die Abgeordneten lebhaft anhörten.

Reichskanzler Dr. Cuno verwies zunächst auf den neuen Einbruch der Franzosen am 3. März in das rechtsrheinische Gebiet. Bis hierher habe die französische Regierung mit ihren wirtschaftlichen Berechnungen im Ruhrgebiet Enttäuschungen, mit allen politischen Kombinationen Fehlschläge erlebt, setze aber dennoch ihr Vorgehen mit brutaler Konsequenz fort. Wir stellen, jagte der Kanzler, diese Brutalität fest, um ein weitläufig leuchtendes Warnungssignal vor der ganzen Welt aufzurichten. Soll das Recht im Völkerleben nicht zum Rinderpott werden, dann müssen wir heute vor der ganzen Welt feststellen, wie Frankreich Unrecht auf Unrecht bis zur Unerträglichkeit häuft. Sieben Wochen sind vergangen, seit dem das Ruhrgebiet zu angeblich rein wirtschaftlichen Zwecken besetzt wurde. In Frankreich wage man es nicht, der Welt und dem eigenen Volke die Wahrheit zu sagen. Das Ergebnis der Ruhraktion ist, daß Frankreich vom 16. Januar bis 5. März statt 2,1 Millionen Tonnen im ganzen nur 74 000 Tonnen erhalten hat. Dasselbe Defizit besteht auch bei den andern Reparationsleistungen. Eine Aktivseite hat diese Bilanz nicht; sie wäre eine andere geworden, wenn Poincaré unter Dezemberangebot auf eine sofort auf den Weltmarkt zu bringende Anleihe für die französischen Reparationsforderungen mit einem festen Zeh für Amortisation und Zinsen akzeptiert hätte. So haben die erste Etappe der Invasion, die zweite Etappe der Installation Frankreich nicht genügt, und das selbe Ergebnis wird die dritte Etappe der Abzünung und des Terrors zeitigen.

Eine andere Wirkung aber ist eingetreten: Starrer und entschlossener ist der Wille der Bevölkerung an Ruhr und Rhein zur Abwehr geworden. Wir bekennen uns heute erneut zum passiven Widerstand bis zu einem ehrlichen und wahrhaften Frieden sicherstellenden Ende. Der Widerstand wird fortgesetzt werden, bis zum Tage der Befreiung vom Zwange des Gegners. Die Bevölkerung an Rhein und Ruhr ist in diesem Kampfe eins mit der ganzen Nation. Wir müssen jetzt alles auf diesen Kampf einstellen und darum auch mit aller Schärfe gegen die vorgehen, die dem Gegner Spionendienst leisten. Wir werden die Stützung der Mark fortsetzen, aber auch den Kampf gegen den Dicker. Die Besitzenden mögen unsere Goldanleihe zeichnen. Kein Korrigieren der Wahrheit wird die Zahlreiche ändern, daß Deutschland an Reparationsleistungen schon 45,6 Goldmilliarden Mark oder 283 Billionen Papiermark aufgebracht hat. Die fremden Völker kennen diese Zahlen nicht. Die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft muß nach dem Urteil der Sachverständigen gemessen werden. Unsere weitgehenden Vorschläge sind aber in Paris nicht einmal geprüft worden, einfach deshalb nicht, weil die Ruhrbesetzung schon vorher beschloffen war.

Die Verständigung ist gescheitert, weil zwar wir nicht, aber Frankreich verhandeln wollte. Darum sagen wir jetzt: Fort, mit dem Gerede über Verhandlungen. Wenn uns ein Weg geöffnet wird, der uns die Möglichkeit offener Aussprache als Gleichberechtigter gibt, dann werden wir diesen Weg gehen. Wir werden keiner Regelung zustimmen, die widerrechtlich besetztes Gebiet von Deutschland trennt oder den zu Unrecht bestraften Deutschen nicht die Freiheit wiedergibt. Der Reichskanzler stellte sodann fest, daß nach siebenmühsamem Kampfe um das Recht unseres Volkes, um Fortschritt und Frieden der Welt, wir nach allein stehen. Jetzt ist eine Stunde, die das Ausland zu einer großen Stunde in der Weltgeschichte machen könnte durch Zustimmung von Gerechtigkeit und Gewalt. Wir kämpfen jetzt um die Freiheit des deutschen Volkes, zugleich aber dafür, daß die ehrliche Vereinigung gleichberechtigter Völker anstelle militärischer Diktatur tritt. Stürmischer Beifall und Gänkelstischen im Saal und auf den Tribünen folgte den Ausführungen des Kanzlers. Sodann wurde gegen 7 Uhr die Aussprache auf Mittwoch 1 Uhr vertagt.

Die Stellung der Sozialdemokratie

In der Rede des Reichskanzlers faßt der „Vorwärts“ in folgenden Worten zusammen: Der Reichskanzler hat festgestellt, daß das deutsche Volk den Kampf um seine äußere Freiheit allein kämpfen. Die Sozialdemokratie ist bereit, diesen Kampf in erster Reihe zu führen. Sie hat noch nie die Kapitulation vor der brutalen Gewalt gepredigt, war doch der Kampf gegen sie ihr innerstes Wesen von Anfang an! Sie wird ebenso wenig jemals aufhören, für die friedliche Verständigung der Völker auf dem Boden der Gleichberechtigung einzutreten. In diesem Sinne wird sie fortfahren ihre eigene Politik zu treiben, und, je nach dem, wie sich die Regierungen zu dieser Politik stellen, wird sie auch zu ihnen stehen.

In sozialdemokratischen Fraktionskreisen wurde bemängelt, daß die Reichskanzlerrede keine Zurückweisung der kriegsbegehrigen Strömungen bei den Rechtsparteien enthält. Ferner wurde von sozialdemokratischen Wirtschaftspolitikern kritisiert, daß der Kanzler eine Ankündigung über die Reform der deutschen Finanz- und Steuerpolitik gemacht hat, was sicher auf das Ausland eine gute Wirkung ausgeübt hätte. Dasselbe wurde von einem führenden demokratischen Politiker geäußert, der gleichfalls lieber ein deutsches Wirtschaftsprogramm gehört hätte, als die ganz ins Detail gehende und aus Zeitungsberichten schon bekannte Aufstellung der französischen Gewalttaten im Ruhrgebiet, so einbrändschend sie auch für den denkenden Hörer sein mag.

In der heutigen Aussprache über die Reichskanzlerrede wird für die sozialdemokratische Fraktion Gen. Dr. Davth sprechen.

Weitere Pressestimmen.

Die „Aote Fahne“ schreibt unter der Überschrift „Wir klagen an“: Die französische Gewalt schreit zum Himmel. Die Brutalität steigt mit jedem Tage. Das nackte Leben Deutschlands steht auf dem Spiel. Sprechen aber kann für die vergewaltigten, mit Füssen getretenen, im Elend, Krankheit und Entartung dahinstreichenden großen Volksmassen nur das Proletariat, nur die Partei des Proletariats, die ebenso unerbittlich die einheimischen Vergewaltigten bekämpft wie die auswärtigen Eindringlinge.

Die „Vossische Zeitung“ hebt hervor, daß der Reichskanzler gestern zum erstenmal während seiner Amtsführung den Mut hatte, von der „deutschen Republik“ zu sprechen. Das Blatt unterstreicht dann weiter die Aufforderung des Kanzlers an das deutsche Volk, den Kampf so ernst und so schwer zu nehmen, wie er ist. Bei diesem Kampfe handele es sich aber, wie das Blatt dem Kanzler beteuert, um einen moralischen und passiven Widerstand eines Volkes, das in des Wortes wahrster Bedeutung waffenlos sei. Durch die innerpolitischen Ausföhrungen sei es dem Kanzler gelungen, die Befürchtungen zu zerstreuen, die durch alle möglichen Sensationsnachrichten der letzten Tage erregt worden waren.

Die „deutsche Zeitung“ schreibt: Der Kanzler hat die Einseitigkeit des Volkes hinter sich mit seiner Auffassung, daß nicht Deutschland es sein kann, das in dieser Situation wiederum die Hand zu Verbündungen bietet; es hat sich allzu oft beudelt zurückziehen müssen. Jetzt möge der Appell zum Verhandeln an die andere Adresse ergehen. Deutschland steht im Kampf für sein verzwemaltes Recht gegen brutale Macht, und es wird diesen Kampf nicht abbrechen, solange die Macht sich nicht dem Recht gebeugt hat.

Zwei wichtige Nachwahlen in England.

Ein Minister und ein Unterstaatssekretär geschlagen.

Bei der Wahl in Mitcham (Grafschaft Surrey) erhielt der Arbeiterpartei 8029 Stimmen, der konservative Gesundheitsminister Bodcawen 7196, der Liberale Brown 3214 und der unabhängige konservative Calterall 2684 Stimmen.

Bei der Ersatzwahl in der Vorstadt von London Willesden haben der Liberale Kandidat Johnstone 14 824 und der konservative Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern Stanley 9684 Stimmen erhalten. Heuter bemerkt zu dem Ergebnis, die Parole bei der Ersatzwahl sei gewesen: das Ruhrproblem, die Frage von Republikanismus und Palästina sowie die Wohnungsfrage. Das Ergebnis komme also auf eine Beurteilung der allgemeinen Politik der Regierung hinaus. Bei den allgemeinen Wahlen hatte der konservative mit einer Mehrheit von 1815 Stimmen gesiegt.

Die Wahl unserer Genossen von der Labour Party mit 1000 Stimmen Vorsprung dürfte daher das größte Aufheben erregen, zumal es die zweite Wahlniederlage eines Regierungsverwaltungswirtschafts innerhalb von zwei Tagen ist. Wenn sogar das offizielle Heuterische Bureau die Niederlage des Unterstaatssekretärs Stanley mit einer verbündeten Offenherzigkeit als ein Symptom der Verurteilung der gesamten Regierungspolitik, vor allem in der Ruhrfrage, betrachtet und diese Ansicht in die Welt hinaus telegraphiert, so gilt dies wohl erst recht für die Niederlage des Ministers Bodcawen.

Ruhrdebatten im englischen Parlament.

Die Arbeiterpartei für interparlamentarische Beratungen.

Im englischen Unterhaus brachte Gen. Ramsay MacDonald einen Antrag der Arbeiterpartei ein, in dem das Haus ersucht wird, zunächst die Kammer Frankreichs und Belgiens aufzufordern, je einen Ausschuss aus allen Parteien zu ernennen und in diesem gleichen Ausschuss des Unterhauses wegen der Befreiung des Ruhrgebiets im Zusammenhang mit den Fragen der Sicherheit und der Wiederherstellung Informationen auszutauschen und zu beraten. Ramsay MacDonald erklärte: Deutschland sei heute weniger imstande Reparationen zu leisten, als zu der Zeit, als Frankreich ins Ruhrgebiet ging, um sie zu holen. England müsse Deutschland veranlassen, sich zu erklären.

Lord Robert Cecil wandte sich gegen den Antrag der Arbeiterpartei. Mac Keill teilte auf eine Anfrage mit, daß die Eisenbahnen auf dem rechtsrheinischen Ufer, die durch die britische Zone gehen, unter britischer Kontrolle verbleiben werden. Die Vorschläge für eine Regelung der Transportfragen in der französischen Zone sehen nicht eine französische Kontrolle irgend welcher Eisenbahnen in der britischen Zone vor.

Frankreich, das ein Abenteuer unternommen habe, dessen Ende es nicht klar bezeichnet habe, laufe Gefahr, eine Katastrophe zu erleben. Ueber die Stellung Englands in der Reparations- und in der Rheinlandkommission sagte er, diese beiden Kommissionen übernehmen die Verantwortung für Dinge, für die sich England nicht verantwortlich machen lassen wolle. Man müsse sich fragen, ob dies eine angemessene Stellung für ein Land wie England sei.

Liebesgaben an Landwirte.

Im Steuerauschuß des Volkstages wird gegenwärtig der Entwurf eines Gewerbesteuer-Gesetzes beraten. Dieses Gesetz besteuert alle Gewerbebetriebe. Die Landwirtschaft aber soll von dieser Steuer freibleiben. Die kleinen städtischen und ländlichen Handwerker, die schwer um ihre Existenz kämpfen, müssen Gewerbesteuer zahlen, aber die Landwirte, die heute im allgemeinen im Gelde schwimmen, sollen von der Steuer verschont bleiben. Das ist eine große Ungerechtigkeit gegen alle Gewerbebetriebe. Es gibt eine große Zahl von Landwirten, die ihren ländlichen Betrieb längst kaufmännisch umgestellt haben. Als der preussische Finanzminister Miquel das alte preussische Gewerbesteuergesetz dem Landtage zur Beschlußfassung vorlegte, konnte wohl noch nicht mit einem gewissen Recht von einer Urproduktion in der Landwirtschaft die Rede sein. Mit der Zeit hat es auch die Landwirtschaft verstanden, aus den landwirtschaftlichen Betrieben, Gewerbebetriebe zu machen. Das müßte auch die Danziger Regierung wissen. Trotzdem kämpfte sie im Ausschuß im trauten Verein mit dem deutschnationalen Abgeordneten Dörfler, den Abgeordneten der Deutschen Partei und des Zentrums für die Gewerbesteuerfreiheit der Landwirte.

Die Bestimmung, daß diese Steuer den Gemeinden zugute kommen soll, kann nicht maßgebend sein für die grundsätzliche Freilassung der Landwirtschaft. Es ist allerdings richtig, daß in den ländlichen Gemeinden die Landwirte die Mehrheit haben, und daß die Landwirte dann über die Höhe und Verwendung der Steuer bestimmen würden. Diese Bedenken könnten aber zerstreut werden durch besonders zu schaffende Gesetzesbestimmungen. Davon will die Steuerverwaltung aber anscheinend nichts wissen.

Unsere Genossen werden die Aufgabe haben, dafür zu sorgen, daß die alten Liebesgaben an die Landwirtschaft endlich aufhören.

Der nächste Krieg.

Die amerikanische bürgerliche Zeitung „Evening Mail“ brachte kürzlich eine Schilderung über die Kampfmethoden im nächsten Krieg, der wie folgendes entnehmen:

Es gibt Leute in diesem Lande, die ihre Köpfe aufden und sagen „Krieg ist unvermeidlich. Es hat immer Kriege gegeben und es wird stets Kriege geben“. Denken aber auch diese Leute daran, was der Krieg der Zukunft, falls er kommen sollte, bedeuten würde? Vermögen sie sich die Folie vorzustellen, die Amerika in ihm zu spielen haben würde? Denken sie an die Waffen, die Amerika zu benutzen gewohnt sein würde? Der letzte Krieg war mehr als jeder vorhergehende ein Kampf zwischen Völkern, anstatt ein Ringen zwischen Deereu und Flotten. Aber selbst als solcher stellte er nur eine Naturkatastrophe des kolossalen Konflikts dar, den uns ein anderer Krieg bringen würde.

Im Jahre 1914 stellten sich die verschiedenen Generalkräfte die Vernichtung einer Armee oder einer Flotte zur Aufgabe. In zehn Jahren werden sie die Vernichtung ganzer Völker planen. Denn das ist, ohne jede Ueberreibung, die Bedeutung der von allen Nationen heute vorgelebten Kriegsvorbereitungen. Das ist die Bedeutung des Ausbaus des Unterseebootwesens, des grauenhaften Wettlaufes, ein giftigeres und immer giftigeres Gas herzustellen, der Bemühungen, ein Feuer zu entdecken, das nicht gelöscht werden kann, sowie der Pläne für die Verbreitung der furchtbaren Krankheiten durch Bakterien. Als die Deutschen in den Jahren 1914 und 1915 ein paar Hundert Frauen und Kinder in Belaten auf ihren Balonnetten aufwieften, da schrieb die ganze Welt in einem einzigen Entrüstungsschrei auf: „Falls aber die heute überall akzeptierten Pläne zur Durchführung gelangen, so wird sich in ein paar Jahren schon niemand darüber aufregen, wenn das Massenmorden von Frauen und Kindern als eine wichtige Kriegsmassnahme betrachtet werden wird.“

Brigadegeneral Mitchell erklärte vor einiger Zeit dem Repräsentantenhauskomitee, daß „einige Aeroplane jede acht Tage Newport, als den Mittelpunkt eines Territoriums, das 100 Meilen im Umfange mißt, besuchen und genügende Gasbomben ausströmen lassen könnten, das das ganze Territorium damit durchdrungen werden würde“. 200 Tonnen Phosphorene Gas könnten auf diese Weise alle acht Tage auf diese hundert Meilen losgelassen werden, und sie würden genügen, um jedes lebende Wesen darin zu töten“. Kapitän Bradner teilte der gleichen Kommission mit, Amerika könne täglich mehrere Tausend Tonnen eines tödlichen Gases herstellen — eines Gases, von dem 4000 Tonnen, von 300 bis 400 Luftschiffen verteilt, Deutschland, falls es das Geheimnis erkannt hätte, zum Sieger des Weltkrieges gemacht haben würde.

Massenmord? Ja, aber Massenqual vorher. Es war unmöglich, die Soldaten vor den verhältnismäßig harmlosen Gasen zu schützen, die im letzten Ariece zur Anwendung gebracht wurden; auch Gasmasken halfen nur ganz wenig. Die vollkommene Unmöglichkeit wäre es dann aber, eine undisziplinierte Bevölkerung vor einem Gase zu beschützen, das die Haut vergiftet und auf diese Weise seine tödliche Wir-

Danziger Nachrichten.

Sitzung des Partei-Ausschusses.

Der Parteiausschuss der D.S.P.D. trat nach der Vereinbarung der beiden sozialdemokratischen Parteien am Sonntag zu seiner ersten Sitzung zusammen. Sie war vollständig besetzt. Zuerst erstattete Gen. K. L. A. den Geschäfts- und Kassenbericht vom 1. Quartal, wobei er einen Ueberblick über die Entwicklung der Parteibewegung während des ganzen Geschäftsjahres gab. Die Organisation hat sich weiterhin gesteigert und konnte nach der Einigung an ihren weiteren Ausbau herangegangen werden. Trotz der mehrfachen, durch die Geldentwertung bedingten Beitragserhöhungen ist keine Fluktuation zu verzeichnen. Auf dem Lande hat eine weitere erfreuliche Ausbreitung der Bewegung stattgefunden. In der Stadt ist die Organisation aus ihrem bisherigen stabilen Zustand noch nicht herausgekommen. Hier gelte es vor allem den Hebel anzulegen. Der Berichterstatter ging dann ausführlich auf die Beitragsfrage ein. Jedes Parteimitglied müsse einsehen, daß, wenn die Partei ihre Pflichten als Kampforganisation erfüllen soll, sie in den Besitz ausreichender finanzieller Mittel gesetzt werden müsse. Eine schnellere und engere Anpassung der Beiträge an die Geldentwertung sei außerordentlich dringend. Die Volkstagswahlen würden erhebliche Mittel beanspruchen, die nur aufzubringen seien, wenn alle Parteimitglieder Opfermut und Idealismus bezeugen. In der längeren sich anschließenden Aussprache wurde besonders die Regelung des Beitragswesens diskutiert und dabei auch auf Organisationsfragen eingegangen. Für notwendig erachtet wurde eine regere Versammlungstätigkeit. Zu dem unbefriedigenden Stand der Bewegung in der Stadt wurde die jetzige Organisationsform und die inneren Verhältnisse geltend gemacht. Nur in einem engen Vertrauensverhältnis zwischen Parteimitgliedschaft und Führer liege die Gewähr für eine erfolgreiche Aufwärtsentwicklung.

In der Beitragsfrage fand folgender vom Landesvorstand vorgelegter Antrag Annahme: Für den Monat März einen wöchentlichen Beitrag für männliche Mitglieder von 150 Mark und für weibliche auf 50 Mark festzusetzen. Für April einen halben Stundenlohn für männliche und ein Sechstel für weibliche Mitglieder als Monatsbeitrag festzusetzen. Mitglieder, welche wesentlich unter den Durchschnittslohn verdienen, zahlen die Hälfte dieser Beiträge. Außerdem wurde dem Landesvorstand die Ermächtigung erteilt, die Beiträge entsprechend dieser Grundlage für die Zukunft selbständig rechtzeitig zu regulieren.

Ueber die im Herbst dieses Jahres stattfindenden „Volkstagswahlen“ sprach Gen. Br. I. Er besuchte kurz die politische Lage des Freistaates und ging auch näher auf die zur Wahl aufzunehmenden Parteien ein. Ueber die Vorbereitung der Wahlarbeit machte der Redner zahlreiche Vorschläge. In der Aussprache wurde den organisatorischen Vorschlägen zugestimmt. Die Diskussion über die politische Seite der Wahl wurde zurückgestellt. Uebereinstimmend wurde jedoch zum Ausdruck gebracht, daß die Aufnahme der Wahlarbeiten sofort erfolgen und daß diese in einer intensiven Arbeit für Partei und Presse ihren Ausgang nehmen müsse.

Der Antrag des Landesvorstandes wurde die Verhinderung des Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongresses, der im Mai in Hamburg stattfindet, beschloß. Als Delegierter wurde Gen. Dr. Fint in Vorschlag gebracht und einstimmig gewählt. Eine Verleumdungsangelegenheit wurde nach längerer Aussprache durch Mehrheitsbeschluß als erledigt erklärt. Ueber die Ausgestaltung der Maifeier wurde den Vorschlägen des Landesvorstandes zugestimmt. Nach siebenstündiger Dauer wurde die Sitzung geschlossen.

Der Zoppoter Spielmarkendiebstahl vor Gericht

Western vormittags 11 Uhr begann vor dem Zoppoter Kreisgericht die erste von einer Reihe von Verhandlungen gegen frühere Spielklubangehörige, die der Entwendung von Spielmarken im Kasino beschuldigt werden. Wie noch erwähnt sein dürfte, wurde am Silvesterabend eine Anzahl von Spielklubangehörigen wegen Verdachts des Diebstahls der Unterhaltungs- und der Regimentsmarken verhaftet. Die Verhafteten gaben bei der Untersuchung an, daß Beträge von bis zu 5000 Mark widerrechtlich angeeignet zu haben, und wurden dann wieder auf freien Fuß gesetzt. Die gerichtliche Verhandlung richtete sich gegen 4 Spielleiter, 1 Gruppenleiter und einen Hüftleiter, der angeklagt ist, die unterhaltungs- und Regimentsmarken gegen eine Entschädigung von 10 Prozent an der Kasse des Spielklubs eingelöst und die so erhaltenen Summen den unredlichen Annehmlichkeiten abgeliefert zu haben. Bei der Vernehmung durch die Kriminalpolizei hatten die Beschuldigten Bekanntschaft abgelegt. Vor Gericht wurden sie widerzuerufen und der Zoppoter Kriminalpolizei von den Anwälten der Vorwurf gemacht, daß man sie beinhalten habe. Man habe ihnen erklärt, durch Gehorsamkeit könnten sie sich vor längerer Unterdrückung bewahren. Die Zoppoter Kriminalpolizei verwahrte sich gegen diese Vorwürfe. Kriminaloberkommissar v. Postzimmnick erklärte, daß etwa seit einem Jahre unerklärliche Fehlbeträge der Zoppoter Spielmarken feststellbar wurden. Seit Oktober nahmen die Fehlbeträge in hartem Maße zu. Spielleiter und Gruppenleiter wurden deshalb ständig beobachtet. Es wurden auch harte Verdachtsmomente ermittelt. Am Silvesterabend erklärte dann die Kontroleiterin B. dem Anwaltschaftsamt, daß sie selbst verschiedene solcher Diebstähle wahrgenommen habe. Die Polizei griff dann ein. Die verdächtigsten Annehmlichkeiten wurden entlassen, die Fehlbeträge hörten dann auch auf. In letzter Zeit zeigten sich jedoch wieder Fehlbeträge.

Die als Juggin vernommene Kontroleiterin Br. sagte aus, sie habe öfters gesehen, daß Gruppenleiter, Spielmarken unrechtmäßigweise vom Tisch genommen haben und durch das Taschentuch verdeckt in die Taschen stecken ließen. Als sie sie einmal mit einer Kassierin darüber unterhalten habe, habe ihr ein Spielleiter die Erörterung dieser Dinge verboten und mit Backsteinen gedroht.

die bei der Einlösung erwachsenden Umstände habe er zehn Prozent in Abzug gebracht. Als er Kenntnis davon erhalten habe, daß Spielmarken entwendet worden seien, habe er solche Marken nicht mehr in Zahlung genommen. Diese Angaben wurden von anderen Zeugen bestätigt.

Die Verhandlungen dauerten mehrere Stunden und endeten mit der Verurteilung der angeklagten Spielklubangehörigen. Der Hüftleiter wurde freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte 2 Wochen Gefängnis beantragt. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß die Angaben der Angeklagten nach ihrer Teilnahme über die Höhe der Unterhaltungs- und Regimentsmarken nicht zureichend seien. Der Zurückziehung der Bekanntschaft habe das Gericht keine Bedeutung beigelegt. Als Strafmittel sei anzusehen, daß die Spielklubangehörigen ganz erheblichen Versuchungen ausgesetzt wären. Sie wurden deshalb zu Geldstrafen verurteilt, die der Höhe der im Verhältnis genannten Summen entsprechen. Wie gemeldet wird, beabsichtigt der Vertreter der Staatsanwaltschaft, gegen das Urteil Berufung einzulegen.

Wo bleiben die Breittlinge?

Ueber diese gewiß berechtigte Frage berichtet in der „Ehinaer Zeitung“ ein Nehrungsbeobachter aus dem Freistaatsgebiet:

Hier Polen halten sich dauernd in Bodenwinkel, Bogelsang, Neue Welt auf, kaufen dort die geräucherten Breittlinge (Sprossen) auf und schicken sie über Danzig nach Warschau. Daran haben sie nicht genug, sondern sie kaufen auch noch aus Pröbberau, das bekanntlich deutsch geblieben ist, die frischen Breittlinge auf. Durch den Frischhändler und Räucherereibesitzer Engels in Bogelsang soll dann die Verteilung dieser frischen Breittlinge auf die einzelnen Nehrereien in Bodenwinkel, Bogelsang und Neue Welt erfolgen, um nach dem Räucherprozeß nach Warschau über Danzig versandt zu werden. Der Kaufpreis in Bodenwinkel soll durchschnittlich 2000 Mark für einen Zentner frische Breittlinge betragen haben, weil die Händler sich zu einem Ring zusammenschloßen. In Pröbberau soll der Preis durchschnittlich 3000 Mark für einen Zentner betragen haben. Für geräucherte Ware (Sprossen) sollen die Polen im Danziger Nehrungsgebiet 8000 Mark für einen Zentner bezahlt haben als durchschnittlichen Preis.

Sei es wie es wolle, ob die Polen den enormen Verdienst in die Tasche gesteckt haben oder die Nehrungsbeobachter. Es geht in dieser Notzeit nicht gut, daß wir polnische Händler reich machen und nebenbei unserer Bevölkerung ein wichtiges Nahrungsmittel entziehen, das bei Massenmangel, wie sie fast jeden Winter auftreten, entsprechend billiger sein kann.

Einführungsvorträge in die Musik.

Am Sonnabend, den 11. März, abends 7 Uhr, beginnen in der Aula am Winterplatz die Vortragsabende des Arbeiterbildungsausschusses, die den Zweck haben, der werktätigen Bevölkerung Kenntnis und Verständnis der Werke der verschiedenen Komponisten zu vermitteln. Das Bedürfnis nach guter Musik wächst in den arbeitenden Schichten immer mehr und daher auch das Bedürfnis, den einzelnen Komponisten und die Eigenarten seiner Werke näher kennen zu lernen. Die Vortragsabende bringen neben den Lebensbildern der Komponisten Proben aus ihren Werken. Dem Vortragenden (Gen. Dr. Kommissar) haben sich wieder Liebhaber-Kräfte zur Verfügung gestellt, so daß Gesang und Spiel sich wechselseitig ergänzen. Im ersten Abend kommt der große volkstümliche Komponist Schubert zu Gehör, dem Schubmann und Mendelssohn folgen. Karten zu den Abenden sind in der „Volksstimme“ am Spendebüchlein 6, erhältlich. Der Besuch dieser Vorträge ist nur zu empfehlen.

Parteiunterhaltungsabend in Reusfahrwasser.

Heute, Mittwoch, abends 7 Uhr findet im Sozial Leuchturm ein Unterhaltungsabend der D.S.P.D. statt. Neben einem Bildbühnenvortrag wird durch Musik und Rezitationen für gute Unterhaltung gesorgt sein. Die Parteimitglieder werden mit ihren Angehörigen zu volköhlichem Besuch eingeladen. Auch Gäste haben Zutritt.

Die Ausgabe der Rentner-Hilfsmarken.

Die von uns bereits angekündigten Postwertzeichen zu Gunsten der Rentnerhilfe gelangen voraussichtlich Montag, den 12. März zur Ausgabe. Die Verteilungen geschehen mit ihrem Nennwert von 50 und 100 Mark zur Freimachung von Vorkaufungen usw. auch im Verkehr mit Deutschland und dem übrigen Ausland und bleiben bis zum 30. April 1923 gültige Zahlungsmittel. Vom 1. Mai ab dürfen diese Marken zum Freimachen von Vorkaufungen nicht mehr benutzt werden. Ein Umtausch der Marken findet nicht statt.

An Spenden wurden uns vom Gen. Felix Rajdubowski übermittelte 12000 Mark für den Kampffonds der Partei, 10000 Mark für die Aushilfe und 10000 Mark für das Sankenheim.

Beitragter Papiermüller. Der Kaufmann Hans Koblender in Danzig war wegen Freistreiberei mit Papier angeklagt. Er verkaufte an einen Fischer Krey-Papier zur Sargausführung für 20 Mark das B. B. und nach 11 Tagen verlangte die Verkäuferin für dasselbe Papier 100 Mark. Auf anderen Stellen war das Papier noch für 20 Mark zu haben. Das Schöffengericht sprach den Angeklagten frei, weil er den Preis für angeworben gehalten hatte. Die Amtsankwaltschaft legte darauf Berufung ein. Die Berufungskammer hielt den Spruch von 20 auf 100 Mark in 14 Tagen nicht für gerechtfertigt und verurteilte den Angeklagten wegen übermäßigen Gewinns zu 90000 Mark Geldstrafe.

Reueich. Vor dem Schöffengericht hatte sich der Landwirt Karl Tempin aus Pödel zu verantworten. Er hatte in einem Schreiben an den ersten Gemeindevorsteher die Einberufung der Gemeindevorsteher verlangt, da der Gemeindevorsteher ein derartiges moralisch minderwertiges Benehmen zur Schau trage, das er nicht länger Gemeindevorsteher bleiben könne. Das Gericht billigte dem Angeklagten zwar den Inhalt des § 193 S.W.G. (Wahrnehmung berechtigter Interessen) zu, stellte aber fest, daß der Angeklagte die Absicht der Verleumdung durch die Form habe erkennen lassen und verurteilte ihn zu 50000 Mark Geldstrafe bezw. 300 Tagen Gefängnis.

Die hohen Preise für Gas und Elektrizität

und die Wege zu ihrer Verbilligung.

Die Verwaltung des hiesigen städtischen Gas- und Elektrizitätswerkes hat eine längere Erklärung abgegeben, in welcher dargestellt wird, was sie zu der letzten ungeheuren Erhöhung der Preise bewogen hat. In dieser Rechtfertigung ist nur vom Gas die Rede, Elektrizität und Wasser hat man nicht erwähnt. Jeder Parte, der diese Erklärung liest, wird sich wohl damit zufrieden geben, wer aber einige Kenntnisse auf diesen Gebieten hat, wird diese Rechtfertigung nicht gelten lassen und sie als lässlich und zum Teil nicht den Tatsachen entsprechend bezeichnen müssen.

Es ist ganz selbstverständlich, daß bei der Gaspreisberechnung der jeweilige Einkaufspreis der Kohle zugrunde gelegt wird. Die Nebenprodukte, die aber aus der Kohle bei der Gasbereitung gewonnen werden und die in erster Linie zur Verbilligung des Gases beitragen sollen, spielen ebenfalls eine ganz erhebliche Rolle, und zwar weit erheblicher, als in der Erklärung erwähnt ist. Der Preis der Kohle ist geteilt, doch nicht allein für Danzig, sondern auch für die Nachbarorte Orlowa und Joppa in gleicher Höhe. Beide Orte haben auch Gaswerke, die durchaus nicht so mit den neuesten modernsten Erzeugnissen ausgerüstet sind, als das Danziger Werk, und denen es durchaus nicht möglich ist, die Kohle und deren Nebenprodukte, die sich bei der Gasbereitung ergeben, so rationell auszunutzen, als das Werk in Danzig. Die kommt es nun, daß die Preise für Gas dort erheblich billiger sind, als in Danzig? So hat z. B. im Monat Januar das Gas in Danzig 20 Mark pro Kubikmeter, in Orlowa jedoch nur 130 Mark gekostet. Die Transportkosten können hier nicht mitprechen, wenn ja, dann nur zugunsten genannter Orte. Im Monat Januar war mit dem Gaspreis in Danzig um 80 Prozent höher als in der Nachbargemeinde Orlowa.

Wenn die Einnahmen aus den Nebenprodukten in der Erklärung mit 40 Prozent angegeben werden, so dürfte das ganz entschieden viel zu niedrig gegriffen sein. Es ist wohl zur Genüge bekannt, was heute Kaminofen, Teer, Benzol, Koks kosten. Man geht wohl nicht fehl, wenn man die Einnahmen aus diesen Produkten auf 75 Prozent schätzt. Ein Nebenprodukt, und zwar ein begehrtes für chemische Fabriken, die Gaserde, ist in der Erklärung gar nicht erwähnt. Die Erklärung rechtfertigt also in keiner Weise die ganz ungeheure Erhöhung des Gaspreises. Auch die Tatsache, daß die Straßenbeleuchtung ganz allein den Gasverbrauch durch einfache Einbauführung in den Gaspreis aufgeführt wurde, zeigt, daß die Festsetzung des Gaspreises nicht einwandfrei erfolgt.

Welches sind nun die Folgen dieser außerordentlichen Gaspreiserhöhungen? Der Senat scheint der Ansicht zu sein, daß er keine miserable Finanzlage damit verbessern kann. Das Gegenteil wird der Fall sein. Sundry von Gasanschlüssen werden eingehen sein, werden seitens der Behörde gesperrt werden, weil die Konsumenten diesen ungeheuren Gaspreis einfach nicht zahlen können. Weiter wird das Wohlfahrtsamt mit Anträgen zwecks Herabsetzung des Gaspreises in noch nie dagewesener Weise befristet werden. Wird das Wohlfahrtsamt diese erhebliche Mehrerträge ohne weiteres leisten können? Wohl kaum. Zumal die Herabsetzung der Gasrechnung in den Fällen, wo Ermäßigungen gewährt werden, manche Arbeit verursacht wird. Als erhebliche Aufgaben für Angestellte und Beamte. Das vom Senat gewünschte und erhoffte Ergebnis wird also den Erwartungen durchaus nicht entsprechen und eher ins Gegenteil umschlagen.

Nun zum elektrischen Licht. Die Leuchtmittel und Versorgungsanlagen in dem hiesigen Elektrizitätswerk sind wohl vielen bekannt. Bei der Anschaffung der neuen Maschinen hat man die Vorschläge, die auf Dieselmotoren lauteten, scharf nicht ein- und weitgehend geprüft. Kann man den Abbau einer Dampfmaschine weiter rationell ausnützen, ganz abgesehen jedoch von einer Heizung z. B. für Darren, zu Kohlenwerken usw., so sollte man selbstverständlich eine Dampfmaschine nehmen; jedoch um den Abbau nur in die Luft zu pfeifen, ist das Spielzeug doch zu teuer, da sollte man Motoren aufstellen. Eine ganz wesentliche Rolle spielt die rationelle Ausnutzung des Betriebshofes, die beim Motor mehr als über noch einmal so hoch als bei der Dampfmaschine ist. Ein Betrieb mit Dieselmotoren als Betriebsmaschine stellt sich neben allen anderen Vorteilen um ca. 1/3 billiger als ein solcher mit Dampfmaschinen. Das hätte man seinerzeit berücksichtigen sollen, dann zahlte wir heute nicht die enormen Preise für elektrisches Licht. Stattdessen machte man damals auf dem Sandboden ungeheure Fundamentarbeiten für die Dampfmaschinen und Turbinen, die man anschaffte. Die Kosten hierfür mögen wohl ebenso hoch als die für die Maschinen gewesen sein. Unerwähnt kann hier nicht ein Umstand bleiben, der zu viel Ärger Veranlassung gibt, und das sind die automatische Treppenbeleuchtungen. Hierfür wird ungeheuer viel Geld vergeudet. Die Beleuchtungen passen sich durchaus nicht der Tageszeit und den örtlichen Verhältnissen an und sind dadurch unrationell.

Die Dampfmaschine ist, daß man sich seitens des Senats dazu entschließt, das ungeheure Beamtenbezug zu verkleinern, die Verwaltungszweige zu vereinfachen und nicht immer komplizierter zu machen. Erst dann wird eine Besserung in der allgemeinen Finanzlage zu erwarten und unerträgliche Belastungen der Bevölkerung, wie wir sie auf diesen Gebieten gefengetadmet haben, zu vermeiden sein. B. Z.

Die teuren Schulbücher.

Immer höher und höher klettern mit der Papierpreiserhöhung die Preise für Bücher und Hefte, so daß viele Eltern aus den arbeitenden Kreisen nicht mehr zur Anschaffung derselben imstande sind. Die Anschaffungskosten sind in gewaltige, daß sie nur von wenigen abne große Opfer angebracht werden können. Sorgenvoll fragen wir: Was nun? Eine großzügige Lösung der Frage wäre nur vom Staat zu erhoffen, etwa durch Vereinfachung großer Mittel zum Zweck der unentgeltlichen Ausgabe von Lernmitteln an Bedürftige, die in der Verfassung festgelegt aber noch nicht durchgeführt ist, oder durch Abschluß großzügiger Lieferungsverträge des Staates mit der Papierindustrie. Aber die Abhilfe muß baldigt geschehen werden, denn der Beginn der neuen Schuljahres ist nicht mehr fern. So wird es zunächst Aufgabe der Gemeinden sein, bedürftige Schüler mehr als bisher kostenlos mit Lernmitteln zu versehen. Möge diese Anregung zur Abhilfe einer dringenden Not nicht ungehört verhallen! Wären sich recht viele Gewissen finden, die tatkräftig sich der Sache annehmen.

In den übrigen deutschen Ländern ist die Schulnot ebenfalls betrübend groß. Das Preussische Kultusministerium hat deshalb folgenden Erlass herausgegeben:

Mit den größten Sorgen sehen die meisten Eltern den Anforderungen entgegen, die das beginnende Schuljahr für ihre schuldlosen Kinder mit sich bringt. Sie dürfen dabei auf das volle Verständnis des Kultusministeriums rechnen, das in einem solchen an die Provinzialaufsichtsstellen und Regierungen ergangenen Erlass sich eingehend mit diesen Sorgen beschäftigt und abzuwehren bemüht ist.

Wie aus dem Erlass hervorgeht, hat der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung schon vor einiger Zeit Erhebungen anstellen lassen. Sie zeigten, daß die Kosten für

Danziger Nachrichten.

Gegen den Chauvinismus.

Die skandalöse Vergewaltigung des deutschen Volkes durch die gegenwärtigen imperialistischen Machthaber führt leider zu einer immer wachsenden Verbrennung der Völker untereinander. Die Danziger Bevölkerung ist durch die teilweise Verdrängung ihrer Rechte an Polen schon seit Jahren einer harten nationalen Belastungsprobe ausgesetzt und es ist erklärlich, daß die nationalen Kräfte durch das vorwärtige Frankreich und durch das Treiben gewisser Elemente, die die Erregung noch schüren, jetzt besonders hoch stehen. Der harte Antagonismus an Ausländern besonders nach Danzig trägt an sich bereits zur Verdrängung der Gegenkräfte bei, da ein großer Teil dieser Besucher Danzig nur als geeigneten Sammelplatz für ihre oft dunkeln Geschäfte betrachten. Aber das alles darf natürlich nicht dazu führen, daß Teile der Bevölkerung sich zu abfälligen und schändlichen Handlungen gegen die Ausländer hinreißen lassen. Zahlreiche Ausländer kommen aus durchaus einwandfrei geschäftlichen Gründen nach Danzig, und es wäre falsch, ihnen irgendwelche feindselige Haltung zu bezeugen. Unfruchtbar ist es aber auch, den hiesigen Ausländern, die sich hier nur aus Volun-tarität die Zeit vertreiben, die Erregung der deutschen Bevölkerung über das dem deutschen Volke seit und der Danziger Bevölkerung im allgemeinen angetane Unrecht auszusprechen. Das ließe zum großen Teil Unschuldige in Mitleiden-schaft ziehen, und den nationalfeindlichen Machthabern wäre das nur ein erwünschter Grund zu neuen Vergewaltigungen. Darum muß es für alle Danziger Staatsbürger immer und zu jeder Gelegenheit darauf ankommen, chauvinistische An-regungen und Erregungen zu vermeiden. Das gilt natürlich auch für Polen, mit dessen Bevölkerung wir auf ein fried-liches Zusammenarbeiten besonders angewiesen sind. Er-klärtermaßen hat bisher der Verkehr mit den Ausländern trotz Provokationen von beiden Seiten keine nennenswerten Reibungen ergeben. Es heißt aber auch die Relaxedheit auf beiden Seiten abzubauen. Danzig braucht eine friedliche Atmosphäre, wenn es seinen wirtschaftlichen Vermittler-tätigkeit gerecht werden soll. Unser Deutschtum und unsere deutsche Kultur werden wir aber viel erfolgreicher schützen, wenn wir allen Chauvinismus beiseite lassen.

Städtischer Haushaltsplan.

Die Etats der städtischen Seebäder Bröjen, Westerplatte, Heubude und Weichsel-münde erbringen nach dem Haushaltsplan für 1928

rund 5,1 Millionen Mark Einnahmen, bis durch die Ausgaben fast völlig wieder wettgemacht werden. Es bleibt nur ein Ueberschuß von 8800 Mark. Bröjen bringt die größte Einnahme, nämlich 3,5 Millionen Mark, die Ausgaben sind mit 2,1 Millionen Mark an-gesetzt. Westerplatte und Heubude schließen mit einem Fehlbetrag ab.

Die städtische Gartenbauverwaltung ver-bert nach dem Etat für 1928 einen Zuschuß von 1,6 Millionen Mark. Einer Einnahme von 0,18 Millionen Mark steht eine Ausgabe von 10,35 Millionen Mark gegenüber. Für die Unterhaltung der städtischen Gartenanlagen werden 8,1 Millionen Mark ange-fordert.

Der Haushaltsplan der Müllbeseitigung ver-langt einen Zuschuß von 0,4 Millionen Mark. Die Einnahmen betragen 0,15 Millionen Mark, die Aus-gaben 0,41 Millionen Mark. Von den Ausgaben wer-den 35,36 Millionen Mark für persönliche Ausgaben und 23,7 Millionen Mark für den Pferdebestand ver-wandt.

Ihren wahren arbeitsfeindlichen Charakter

zeigen die neutralen „Danziger Neuesten Nachrichten“ wieder einmal in aller Deutlichkeit durch einen Gene-ralangriff auf die „hohen Arbeiterlöhne“ in ihrer vor-gestrichen Ausgabe. Wir werden auf dieses Pamphlet, das sich hoffentlich alle Arbeiter und Angestellten, die noch immer dieses Blatt in ihrem Kampf gegen ihre eigenen Interessen unterstützen, recht eindringlich zu Gemüte führen, ausführlich zurückkommen. Bis da-hin sei dieser Schwindel nur niedriger gehängt.

Polizeibericht vom 7. März 1928. Festgenommen 39 Per-sonen, darunter 7 wegen Diebstahls, 1 wegen Scherel, 1 wegen großen Unfugs, 1 zur Festnahme aufgegeben, 15 in Polizeihaft, 4 Obdachlose. — Gefunden: Stoffhandtasche mit Alpacafüßel, enth. Geld, Vincenz, Kamm usw.; kleines Taschenmesser; Vincenz im Ernst; Zelttasche mit Wied-klaffe, abgehoben aus dem Fundbüro des Polizeipräsi-diums; gold. Trauring, gez. N. R. und Datum, abgehoben von Erwin Single, Solper Straße 57/60. Verloren: schwarze Brieftasche mit ca. 38 000 Mark und Papieren für Otto Ro-bitschke, abzugeben im Fundbüro des Polizeipräsidiums.

Wiederholte vom 7. März 1928.
Todesfälle. Invalide August Schiller, fast 78 J. — T. d. Arb. Kaver Wandtke, 1. J. 10 Mon. — Frau Bolek, 74 J. — Frau geb. Weichbrodt, 54 J. 3 Mon. — Frau Jenni Albe-mann geb. Weichbrodt, 68 J. 6 Mon. — S. d. Arb. Kurt Hoffe, 1 Mon. — T. d. Arb. Karl Konigke, fast 1 J. — Maurer Franz Domagalaski, 72 J. 7 Mon. — Witwe Anna Gothe geb. Gorny, 42 J. 7 Mon.

Devisenkurse.

	7. März	6. März
1 Dollar	20 500.—	22 500.—
1 polnische Mark	0,495	0,53
1 Pfund Sterling	98 500.—	106 000.—
1 holländischer Gulden	8 400.—	8 900.—
1 norwegische Krone	3 900.—	4 125.—
1 dänische Krone	4 000.—	4 390.—
1 schwedische Krone	5 700.—	6 000.—
1 Schweizer Frank	4 000.—	4 225.—

Ausländische Devisenkurse vom 6. März 1928.

Dollar: Geld 22 568,48, Brief 22 681,57; poln. Mark: Geld 53,61, Brief 53,89; engl. Pfund: Geld 105 785, Brief 106 295.

Wasserstandsnotizen am 7. März 1928.

Ort	7. März	6. März
Samischoll	+2,06	+2,06
Warschau	+2,55	+2,55
Wloka	+1,75	+1,75
Thorn	+2,31	+2,31
Łódź	+1,98	+1,98
Łódź	+1,84	+1,84
Grudenz	+2,04	+2,04
Angerbrück	+2,21	+2,21
Montaurepige	+1,84	+1,84
Mielet	+1,79	+1,79
Birkau	+2,08	+2,08
Chluga	+2,24	+2,24
Schlewenhorst	+2,26	+2,26
Schöna D. P.	+6,69	+6,69
Balgobenz O. P.	+4,60	+4,60
Reuhorsterbuck	+2,00	+2,00
Amwatz	+0,96	+0,96

Übersicht vom 7. März 1928.

In Warschau ist seit dem 5. d. Mts. um 9 Uhr vorm. Eisgang ein ganzer Strombreite eingetreten. Von Mi-lomeier 0 (Schiff) bis Kilometer 97 (Schweg) Eisstreifen in 4 Strombreite, von hier bis Kilometer 116 (Grudenz) in ganzer Strombreite, abdaun bis Kilometer 185,3 (Montaurepige) schwaches Eisstreifen, abdaun eisfrei.

Verantwortlich für Politik Ernst Boops, für Dan-ziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, für Interate Anton Finken, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von S. Gehl & Co., Danzig.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Die Fahrerechtigkeit über die Mollau am Krantor soll vom 1. Juli 1928 ab auf 3 Jahre neu verpachtet werden. Hierzu haben wir einen Bietungstermin auf Montag, den 26. März 1928, vorm. 10 Uhr in unserem Büro, Artillerie-Kaserne, Höhe Seigen, Zimmer 94, anberaumt. Die Pachtbedingungen können auch vorher in unserem Büro eingesehen werden.
Danzig, den 2. März 1928. (9058)
Der Senat. Verkehrsamt.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schäper
Heute, Mittwoch, den 7. März, abends 7 Uhr: Dauerkarten haben keine Gültigkeit
Zum letzten Male:
Die beiden Nachtigallen
Operette in drei Akten von Leo Wallther Stein. Musik von Willy Bredschneider. In Szene gesetzt von Erich Sternck. Musikal. Leit. Ludwig Schlegel. Inspektion: Hans Junk.
Personen wie bekannt. Ende 9^{1/2} Uhr.
Donnerstag, den 8. März, abends 7 Uhr: Dauer-karten D 1. „Im weißen Rößl“. Lustspiel.
Freitag, den 9. März, abends 7 Uhr: Dauer-karten E 1. „Tiefenland“. Musikdrama.
Sonntag, den 10. März, abends 7 Uhr: Dauer-karten A 2. „Ritua von Barnheim“.
Sonntag, den 11. März, abends 7 Uhr: Dauer-karten haben keine Gültigkeit. Erhöhte Preise. Neu inszeniert: „Der Rosenkavalier“. Komödie für Musik von Hugo von Hofmannsthal. Musik von Richard Strauß.

Wilhelm-Theater

Allabendlich 7^{1/2} Uhr
Monat März

8 Jahre In der Fremdenlegion 8 Jahre

Sensationsbild in 2 Aufzügen von H. Marcellus.
Überall größter Erfolg und ausverkaufte Häuser
Tagesgespräch in Berlin und Dresden
Neu für Danzig
Dazu der Varieté-Teil:

Der geheimnisvolle Würfel
10 Minuten im Banne des Todes
Vornehmster Sensationsakt der Gegenwart

Paetzold-Truppe
Urkömischer Fahrrad-Akt
a) Fahrrad-Diebe b) Die Räder der Zukunft
Chitta und Rolf Veffen
Mondain- und Apachen-Meisterschafts-Tanz-Duo u. a. m.

Vorverkauf bei Gebr. Freymann, Sonn-tags Theaterkasse 11-1 Uhr
Libelle:
Neues Programm! Neue Kapelle!

Kleine Anzeigen

in unserer Zeitung sind billig und erfolgreich.

Jüngeren Laufburschen

heißt ein Expedition der Volksstimme, Am Spandhaus 6.

Erklärung.
Der Volksstagsabgeordnete Frau hat in den Volksstags-sitzungen vom 10. und 11. März 1928 behauptet, der Justizminister Beyer habe die Witten über ein ganzes Stück des Reiches hinweg gelassen. Die Witten sind nicht gelassen, sondern sind in den Reichstags-sitzungen verhandelt. Diese Behauptung gründet sich auf eine Fälschung, die ich dem Abgeordneten Frau gemacht habe. Ich habe mich in letzterem danach erkundigt, daß diese Fälschung falsch war. Die Witten sind nicht gelassen, sondern sind in den Reichstags-sitzungen verhandelt. Es fehlt hierzu auch ein jedes Dokument, das die Behauptung des Abgeordneten Frau beweisen würde. Ich habe mich in letzterem danach erkundigt, daß diese Fälschung falsch war. Die Witten sind nicht gelassen, sondern sind in den Reichstags-sitzungen verhandelt. Es fehlt hierzu auch ein jedes Dokument, das die Behauptung des Abgeordneten Frau beweisen würde. Ich habe mich in letzterem danach erkundigt, daß diese Fälschung falsch war. Die Witten sind nicht gelassen, sondern sind in den Reichstags-sitzungen verhandelt. Es fehlt hierzu auch ein jedes Dokument, das die Behauptung des Abgeordneten Frau beweisen würde.

Jede Nähmaschine reparieren schnell
Wilken & Sohn
11. Geleitzgasse 127.
Fernruf 1237

Total-Ausverkauf wegen Aufgabe des Geschäftes Frauengasse 34

Kommen Sie, und Sie kaufen:
Pa. Quantitäten Anzug-, Kostüm-, Palatol-, Hosen- und Futterstoffe zu enorm billigen Preisen
Cheviot für Damen und Herren, blau, farbig, schwarz, 150 cm Mk. 28 000, 130 cm Mk. 14 500, 140 cm Mk. 11 500 per Meter.
Damen- und Herrenstoffe, blau, farbig, marengo, hell, moderne Muster, Mk. 22 500, 26 500, 24 500, 22 500, 19 500, 14 500, 12 500, 11 500 per Meter.
Sämtliche Futterstoffe billigst im Ausschnitt.
Vorkaufszeit 9-1 und 3-6 Uhr.
Mattern & Dück, Frauengasse 34
N. B. Kompl. fast neue Ladeneinrichtung, 4 m langes Repositorium, 4-m-Ladentisch, Kasse und Spiegel etc. zu verkaufen. (3057)

Das Einkommensteuergesetz der Freien Stadt Danzig

vom 29. Dezember 1922
nebst den
Durchführungsbefimmungen
über den Abzug vom Arbeitslohn

Herausgegeben im amtlichen Auftrage von Steuerrichter Busch
- Zurzeit 1000 Mark. -

Buchhandlung Volkswacht

Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32

ST. LUBIENSKI

Vertreter der Fa. SP. AKC. HANDLOWO-ROLNICZA „KOOPROLNA“
DANZIG, Postgasse 3 :: Telefon 5572, 3730

Zahn-Kranke

werden sofort behandelt. Neue Gebisse, Reparaturen an einem Tage. Spezialität: Gebisse ohne Platte, Goldkronen usw. unt. voller Garantie. Dankschreiben über schmerzloses Zahnziehen. Niedrige Kostenberechnung.
Institut für Zahnärztliche Pflegerstadt 71 Durangen. Sprechzeit 8-7 Uhr

Blendax

Schwarz-Bezug-Putz
Alles
Blitzblank
Hersteller: (8566)
Urbis-Werke, Chemische Fabrik U. m. b. H., Danzig, am Troyl. Fernspr. 5305

Stempel & Schilderfabrik Kering

1193
Zu verkaufen:
Flugbaur, 1 Br. Anzug, 1 neues Schw. Jackett für schlanke Figur. Arendt, Gartenstraße 2, 1. Tr. r.
Eisern. Kinderbettgestell u. Sportwagen mit Berber zu verkaufen. (9048)
Sohelwerk 3/4, 1. Tr. r.
Kleiderstr. m. Bäckerei f. 100 000 M., Komode f. 45 000 M., alt stark Sofa f. 25 000 M., Studentisch, 6 Stühle f. 70 000 M. zu verkaufen. (9050)
Med. Seigen 3-4, 1. Tr.
Zweijährige wachsame Stubehündin zu verk. Straußgasse 7a, Hinterhaus 1. Tr. links. (f)

Betrug. Kleider

Bodentümel, Möbel, ganze Nachlässe Kauf
A. Specht, 11. Hätergasse Nr. 17.

Fahrrad oder Rahmen

zu kaufen gesucht. Offert unter V. 1293 an d. Exped. der Volksstimme. (f)

Möbl. Zimmer

in Töpfe und dergl. werden eingefest.
Winkler, Johannissgasse 61. (f)

Zigaretten

zu herabgesetzten Preisen
J. B. . . . 45 Mk. bei 100 Stk.
Salem . . . 35 " " "
Balkikum . . . 40 " " "
Wassersport 36 " " "
Rittmeister 30 " " "
Sascha . . . 20 " " "
Otto Oskar Ziffert
Schiffelbamm 5 b (Eing. Faulgraben)

Telephon 755

Max Fleischer Nachf.
Inh. Adolf Wiener.
Danzig, Gr. Wollwebergasse 9/10

Herbst- u. Winterneuheiten

Kostüme · Nachmittags- u. Abendkleider · Mäntel · Pelze · Blusen

Werner



Elegant
Solid
Billig

DANZIG: Gr. Wollwebergasse 25, Langgasse 10
Langfuhr: Hauptstraße 117, Zoppot: Seestraße 37

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan

Musterschutzi

Ohne Gewähr!

Strumpfhaus Gerson

Heiligegeistgasse 108

Das führende Spezialhaus im Freistaat!

Elegante Herrenbekleidung

fertigt und nach Maß

W. Riese

Breitgasse Nr. 127. — Telephon Nr. 3654

Spezialhaus für Damen- u. Kinderbekleidung

L. Murzynski

INHABER: WILHELM TROSCHKE

Gr. Wollwebergasse 6-8

Telephon Nr. 1602

Photo-Haus Schilling & Co. G.m.b.H.

Dominikswall 6 DANZIG Holzmarkt 12/14

Kameras · Objektive · Photo-Papiere ·
Platten · Filme
Bestklassige Fabrikate!

Victor Lietzau A.G.

Danzig, Langgasse 38

Optik · Feinmechanik · Elektrotechnik

Sonderkataloge

Neu erschienen:

Hochbau und Architektur

Bitte kostenlos zu verlangen

BUCHHANDLUNG

John & Rosenberg · Danzig

Kohlenmarkt 13.



L. Cuttner, Möbelfabrik, Danzig

Ausstellungsraum:
Holzmarkt 4-5
Langgasse 9-10

Langgasse 9-10

Danziger Fernverkehr

Danzig—König—Berlin u. zurück

D 822 ab Danzig an D 821
1112 ab Königs ab 1020
671 an Char- ab 1020
Königsberg

Danzig—Stettin—Berlin und zurück.

D 641, 749, D 1120, 389 ab Danzig an D 1234, 106, D 538, 1186
200, 1022, 712, 531 ab Stettin ab 500, 1232, 1019, 1030
922, 842 an Berlin ab 300, 1040, 809, 600
St. Bnl.

Danzig—Marienburg—Königsberg und zurück.

241, 371, D 1000, 140, D 622, 728 ab Danzig an 1040, D 1120, 389, 722, 942, 182
500, 924, 422, 421, 721, 1122 ab Marienburg ab 500, 1040, 1249, 400, 722, 1121, 1121, 1121
1941, 114, 821, 1021, 1121. — an Königsbg. ab —, 700, 500, 1200, 200, 622, D 722, D 922

O. Heinrichsdorff

Pianoforte-Fabrik

76 Poggendorfstr. 76

Flügel :: Pianos :: Reparaturen

Kunstmöbelfabrik HANSA

Telephon Nr. 1895

Danzig, Langgarten Nr. 101

Möbelfabrik „Merkur“

Hl. Damm 2 DANZIG · Telephon 5821
Kompl. Wohnzugs - Einrichtungen
und Einzel-Möbel

Danziger Senator

etw. L&K

Absolutes Fabrikat: Bernhard Meier
Lackfabrik „Das Palmenbaum“

Ertmann & Perlewitz

Holzmarkt 25-26

Sämtliche Damen-, Herren- und Kinder-Konfektion
Manufakturwaren

Möbelstoffe :: Gardinen :: Teppiche :: Eiserne Bettgestelle
BERUFSKLEIDUNG

Elektrisch betriebene Wäschefabrik



Potrykus & Fuchs DANZIG

Inh.: Christian Petersen Jopengasse Nr. 69
Schwarzwaldgasse Nr. 7-9 · Heiligegeistgasse Nr. 14-16

Fernspr. 1776

SPEZIAL-HAUS

Fernspr. 1776

für Manufakturwaren, Leinen, Wäsche, Konfektion

Louis Israelski · Danzig

Breitgasse 123-124

Junckergasse 10-11

Spezialhaus für bessere Herren- und Damenbekleidung.
Elegante Anfertigung nach Maß.

A. Fürstenberg Wte. Langgasse 19

Kleiderstoffe, Seidenstoffe, Leinen- und Baumwollwaren

Damen- und Herren-Konfektion

Grosse Auswahl

Billige Preise

Modellhaus Nothhaft

Stets neueste Pariser
und Wiener Modelle

Otto Kraftmeier

Langgasse Nr. 59

Wäsche und Trikotagen

in jeder Ausführung

Berliner Hut-Industrie

Inhaber: Albert Rosenbaum
— HOLZMARKT —

Elegante Damenhüte — jeder Preislage

Damen-Konfektion

Mäntel · Kleider · Röcke · Blusen

Strumpfwaren · Trikotagen

Handschuhe

Wäsche □ □ Schürzen

aus nur guten Qualitäten noch zu

billigen Preisen finden Sie in

Berliner Kaufhaus

Inh.: Victor Cohn

DANZIG, Fleischergasse Nr. 88

Dampffärberei u. chem. Waschanstalt

Georg Austen

Geop. 1924 Altstadtischer Graben 45-49 Geop. 1944

Reinigung und Färben sämtlicher Herren- und
Damen-Garderobe usw. Perseföliche Bedienung